Nr. 629a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
12. Dezember 1903

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag

5. Sitzung vom 11. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Stengel, v. Tirpitz, v. Einem, v. Podbielski, Dr. Nieberding, Graf Lerchenfeld, Dr. Fischer und Kommissare.

Das Haus ist, wie in den letzten Tagen, leidlich gut besetzt. Die Linke ist etwas stärker vertreten als die Rechte.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen als erster Punkt die sozialdemokratischen Anträge auf Einstellung der gegen die Abgg. Kunert, Schöpflin, Goldstein und Geyer schwebenden Strafverfahren.

Das Haus stimmt ohne Erörterung zu.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Etatsberatung in Verbindung mit der Beratung der Finanzreformvorlage.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Auch ich fühle mich gedrungen, Zeugnis abzulegen von der bangen Sorge, die alle patriotischen Männer ergriffen hat bei der Kunde von der Erkrankung Seiner Majestät. Die fortlaufenden Krankheitsberichte lassen uns erhoffen, daß wir bald den Tag der vollständigen Genesung begrüßen dürfen. (Beifall.)

Was den Abg. Grafen Stolberg mit seinem Vorschlag der vorherigen Etatsberatung durch die Rechnungskommission betrifft, so habe ich ihn nicht genau verstanden; immerhin scheinen mir gewisse formelle Bedenken dagegen zu sprechen; es könnte vielleicht ein Ausweg in der Richtung getroffen werden, daß die Referenten über den Etat sich zuerst mit dem Studium der Rechnungssachen befassen. Unser Etat ist so verworren und undurchsichtig, daß man sich garnicht durchfinden kann. Es bedarf da dringend einer Abhilfe, einer Finanzreform. Daß die Vorlage eine solche bringt in einiger Vollkommenheit, kann ich freilich nicht sagen. Aber sie bringt doch etwas. Die Einrichtung der Ueberweisungen kennt die Verfassung nicht. Die Entwickelung der Verhältnisse hat sie uns gebracht, und heute betragen sie eine halbe Milliarde. Daß diese Entwickelung mit ihren großen Schwankungen erkrenlich ist, können wir nicht sagen. Die Schwankungen erschüttern die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten bis ins Mark. Preußen hat in der Verstaatlichung der Eisenbahnen eine feste Grundmauer für sein Finanzwesen, aber die kleineren Bundesstaaten entbehren dieser Stützen. In dieser Richtung bringt die Vorlage einige Besserung. Es lag nahe, in den Zeiten des Aufschwungs die Ausgaben des Reiches möglichst hoch anzusetzen. Dadurch sind wir auf den Weg der Anleihe in den schlechten Jahren gedrängt worden, und unsere Schuldenlast hat sich erhöht. Hier muß eine obligatorische Schuldentilgung eingreifen. Wir können keine großen Flottenpläne aus den laufenden Mitteln durchführen, hier müssen wir zur Anleihewirtschaft übergehen, aber nur dann, wenn eine obligatorische Schuldentilgung besteht. Das ist ja der Fehler der fetten Jahre gewesen, daß wir 140 Millionen Mark an die Einzelstaaten überwiesen, anstatt diese Summe für die Zukunft festzulegen. Ein weiterer Fehler ist, daß wir keine feste Organisation der Reichsfinanzverwaltung haben, wie sie Preußen kennt. Von dieser Organisation darf uns auch nicht das Schreckgespenst des Bureaukratismus zurückhalten. Die Herren von der Heeresverwaltung und der Marine würden sich sonst etwas mehr vor Ueberschreitungen ihrer Ressorts hüten. Den dritten Fehler finde ich in dem Mangel eines festen Verhältnisses zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten. Hier will die Vorlage Abhilfe treffen. Aber gerade hier stößt die Vorlage auf Widerspruch bei denen, die eine Schmälerung des Einnahmebewilligungsrechtes des Reichstages befürchten. Formell mit Recht — aber, meine Herren, überlegen wir uns die Folgen denn nicht, wenn wir die erste Rate genehmigen? Uebrigens wird die clausula Franckenstein ihren inneren Wert auch künftig nicht verlieren. Das Hin- und Herschieben der halben Milliarde hat in der Tat keinen rechten Wert. Die Vorlage ist nur ein Werk von geringer Bedeutung. Ich hoffe, daß es unserem Staatssekretär des Reichsschatzamtes beschieden ist, Größeres zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Etat weist, das gebe ich dem Herrn Staatssekretär zu, ein wenig erfreuliches Bild auf; es wäre noch unerfreulicher, wenn wir nicht 59½ Millionen Mark auf dem Wege der Zuschußanleihe aufbrächten. Auf diesem Wege kann es jedenfalls nicht weiter gehen. Einen solchen Etat vorzulegen, ist keine Freude, ihn zu beraten, auch nicht. Dazu kommt auch noch der völlige Bankerott des Invalidenfonds. Die Budgetkommission geht nicht gerade ihren schönsten Stunden entgegen.

Zu der Frage der Handelsverträge will ich mich nicht äußern, da es in diesem Augenblick unangebracht wäre; über die auswärtige Politik will ich auch nicht reden, denn ich könnte doch nichts Kluges dazu vorbringen. Die Eisenbahnvorlage für Ostafrika ist wiedergekommen, hoffentlich wird sie diesmal genehmigt; denn ich halte es für kein Zeichen hoher Intelligenz des Reichstages, daß er diese Vorlage so lange verschleppt hat. Auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge für die Staatsbeamten muß mehr geschehen. Die Regierung ist erfreulicherweise im Begriffe, auch hier mehr denn bisher ihre soziale Fürsorge zu betätigen. Aufgefallen ist uns, daß man nicht in diesem Jahre mit einem neuen Quinquennat kommt, sondern das bestehende auf ein Jahr verlängert. Beabsichtigt die Militärverwaltung, sich überhaupt von dem Quinquennat loszulösen und die Militärbewilligungen jährlich zur Genehmigung zu stellen? Das würden wir bedauern, weil die Bindung auf längere Jahre eine gewisse Festigkeit im Reichshaushalt schafft, wie dies im Marineetat auch der Fall ist. Bei den öffentlichen Verhandlungen sind große Mißstände im Heereswesen zu Tage getreten, die mit tiefer Bekümmernis und Schmerz gerade uns erfüllen, die wir mit Stolz auf das Heer blicken und wollen, daß es ohne Flecken sei. Die Gehaltserhöhungen der Oberstleutnants werden wir bewilligen. In die Offizierskreise muß größere Einfachheit einziehen; der Luxus erfordert Aufwendungen, die den Offizierersatz gerade bei der Infanterie erschweren. Die zahlreichen Uniformänderungen müssen ein Ende nehmen. In kurzer Zeit sind 33 Aenderungen an der Offiziersuniform und 27 bei den Unteroffizieren durchgeführt worden. (Hört, hört! links.) Die Soldatenmißhandlungen müssen streng geahndet werden. Es krampft einem das Herz zusammen, wenn man liest, daß ein Unteroffizier über tausend Mißhandlungen begangen hat. Hier muß das Unteroffiziersmaterial aufgebessert werden. Das kann durch eine Gehaltserhöhung geschehen. Dann wird auch das abscheuliche Institut des Geschenkenehmens der Unteroffiziere zu Ende sein. (Sehr richtig! links.) Die Forbacher Vorgänge lassen es als bedenklich erscheinen, daß der Train durch Strafversetzung in der Gute seines Offizierkorps verschlechtert wird. (Beifall links.)

Wir werden für die Ostmarkenzulagen stimmen. Wir haben ja einen Vorgang auf diesem Gebiete — seit 1870 wird den Offizieren und Unteroffizieren in Elsaß-Lothringen eine Zulage gewährt. Wir brauchen in der Ostmark ein tüchtiges Beamtenkorps. Die Polen wollen nicht nur Preußen sein, sie wollen auch Polen sein und sich ein eigenes Reich im Herzen des deutschen Reiches schaffen. (Widerspruch im Centrum und links, Zustimmung rechts.) Sie werden von mir eine andere Stellung nicht erwarten. (Nein! im Centrum und bei den Polen.) Ebenso steht es mit den Deutsch-Hannoveranern. (Zuruf im Centrum: Natürlich!) Auch diese glauben und erstreben fortgesetzt eine Wiederherstellung ihres Welfenreiches. Das wäre nicht möglich ohne einen Kampf auf Leben und Tod, denn ohne einen blutigen Kampf gibt der preußische Staat keine Provinz wieder heraus, kein preußischer König gibt eine Provinz heraus, die er in der Hand hat. (Lachen und Zurufe im Centrum und bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) So soll es auch ferner bleiben. (Ironischer Beifall im Centrum.)

Bekrembet hat mich, daß Hüffener nicht sofort nach seiner, ich will sagen, Tat aus der Marine entfernt wurde. Wäre das geschehen, so hätte Hüffener nicht von der Bevölkerung in Magdeburg beobachtet werden können. Das hätte besser auf die Stimmung weiter Bevölkerungsklassen gewirkt. Der Staatssekretär des Marineamts hätte von der Befugnis sofortiger Entlassung, die ihm zusteht, Gebrauch machen sollen.

Mit der Zerrissenheit des Eisenbahnwesens im Reiche kann es nicht weiter gehen; besonders häufig kommen die Klagen aus der Pfalz, deren wirtschaftliche Entwickelung darunter schwer leidet. Ich rede nicht das Wort einer Ausdehnung der preußischen Eisenbahngemeinschaft, aber eine Besserung im Verkehr zwischen den einzelnen Landesteilen ist unumgänglich. An wen soll man sich aber mit seinen Klagen wenden? Das Reichseisenbahnamt hat ja gar keine Macht, es kann höchstens Anregungen geben. Vielleicht nimmt sich der Herr Staatssekretär des Inneren der Frage an. Die Erhöhung der Gehälter der Landbriefträger begrüßen wir. Ob die vorgeschlagene Form richtig ist, lasse ich dahingestellt. Vielleicht wäre die Form der Ortszulagen angebrachter. Die Post hat früher ihre Anlagen aus eigenen Mitteln bezahlt, heute errichtet sie die Telephonanlagen aus Anleihen. Das will mir nicht recht gefallen.

Daß in der Thronrede eine Fortsetzung der sozialpolitischen Gesetzgebung in Aussicht gestellt ist, erkenne ich freudig an. Eine Regierung oder eine Partei, die nicht von sozialpolitischem Geiste durchsetzt ist, hat heute keine Daseinsberechtigung. Das Börsengesetz, obwohl dazu bestimmt, möglichst für Herstellung von Treu und Glauben zu sorgen, hat gerade umgekehrt dahin geführt, daß Treu und Glauben im Geschäftsverkehr zum Teil aufhörten. Es ist dringend notwendig, das Börsengesetz in dieser Beziehung zu ändern. Für eine Aenderung der Börsensteuer spricht schon der Grund, daß unsere Hoffnungen auf einen erhöhten Ertrag aus dieser Einnahmequelle nicht in Erfüllung gegangen sind. Redner wirft sodann die Frage auf, ob nicht Maßnahmen getroffen werden können, um den Kurs der Reichs- und Staatsanleihen zu heben. Man könne sich doch keine sichereren Papier denken. Als erkrenlich bezeichnet er es, daß für die Bekämpfung der Reblaus größere Beträge ausgesetzt werden sollen. Dem Reichskanzler spricht er das Vertrauen aus, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen unsere Interessen kräftig wahrgenommen werden. Des weiteren erklärt sich der Redner für Anwesenheitsgelder. Ohne deren Einführung würde das Haus bald wieder leer werden, denn — so bemerkt der Redner — nicht jeder hat Lust, so lange Reden anzuhören, wie ich sie heute hatte, ohne dafür eine Entschädigung zu bekommen. Die Folge der jetzigen Verhältnisse ist, daß Berufsparlamentarier hier allein das Wort führen, die von ihren Parteien materiell abhängig sind. Das kann nicht dazu beitragen, die Sachlichkeit der Beurteilung in diesem Hause zu erhöhen.

(Reichskanzler Graf Bülow erscheint im Saale.)

Für unsere Stellung zu dem wieder angekündigten Toleranzantrage ist ebenso wie gegenüber dem Jesuitengesetz allein der Wunsch maßgebend, ein friedliches Zusammenleben der Bekenntnisse zu gewährleisten. (Lachen im Centrum.) Für sozialpolitische Arbeit ist noch ein weites Feld vorhanden. Treten wir fernerhin kräftig dafür ein, den sozialen Frieden zu fördern! Das Verantwortlichkeitsgefühl der Behörden muß auf diesem Gebiete noch wachsen. Die Beamten machen in dieser Beziehung noch viele Fehler. Namentlich sind zahlreiche Mißgriffe der Polizei vorgekommen. Darauf antwortet das Publikum durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmen. (Sehr richtig!) Mit Recht hat der Minister Freiherr v. Hammerstein vor kurzem an ein Wort Friedrichs des Großen erinnert: Die Polizei ist für das Publikum da. Alle Beamten müssen das Gefühl der Verantwortlichkeit für ihr Benehmen und für ihre Maßnahmen haben. Das ist das wichtigste Mittel, um die törichten Mitläufer der Sozialdemokratie wieder auf ihr besseres Ich zurückzubringen. Die Versicherungsgesetzgebung muß ausgebaut werden. Es ist zu erwägen, ob nicht auch die Handwerker einzubeziehen sind. Wenn auch Deutschland auf diesem Gebiete allen anderen Ländern voraus ist, bleibt doch noch viel tun. Bebels Vorwürfe gegen die besitzenden Klassen sind unberechtigt. Für das alte Invalidengesetz haben 80 vom Hundert meiner Freunde gestimmt. Wir haben also unsere Pflicht getan. Diese Tat ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Partei. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Abg. Bebel hat gestern behauptet, die Einkommensteuer sei von Herrenhaus erst auf 4 Prozent festgesetzt worden. Das ist nicht richtig. Das Herrenhaus hat diese Bestimmung erst wieder aus dem Gesetze herausgebracht. Als das Gesetz aus dem Herrenhaus an das Abgeordnetenhaus zurückkam, war diese Bestimmung beseitigt. Das Abgeordnetenhaus setzte sie wieder ein. Der Abg. Bebel muß sich also eingehender mit diesen Fragen beschäftigen, bevor er solche schweren Vorwürfe erhebt. Interessant wäre es immerhin, wenn das Herrenhaus die Bestimmung eingeführt hätte. Denn wissen es ja die Allerbesitzendsten gewesen, denn das Herrenhaus ist in höherem Grade Vertreter der Besitzenden als das Abgeordnetenhaus. Bei den Sozialdemokraten weiß man nie, woran man ist; bald erklären sie, die größten Umstürzler zu sein, bald geben sie sich als Biedermänner. Gestern sagte Herr Bebel, er wolle den Kanzler unterstützen, wenn er die kaiserliche Botschaft ausführen wolle; in Dresden hat er aber gesagt, er wolle, solange er den Mund öffnen könne, ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und der bestehenden Staatsordnung bleiben. Wann hat er uns seine richtige Meinung gesagt, gestern oder in Dresden? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Eine Kritik, wie er sie übt, kann niemals die Vorbedingungen für eine neue Kultur schaffen; deshalb folgen wir Ihnen auf diesem Wege nicht und lassen uns nicht die Freude an der Gegenwart nehmen. Deshalb bekämpfen wir Ihre Bestrebungen auf das entschiedenste. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Kriegsminister Generalleutnant **v. Einem**:

Das hohe Haus wird meinen Worten glauben, wenn ich sage, daß bei meinem ersten Auftreten hier als preußischer Kriegsminister es mir allerdings lieber gewesen wäre, über erkrenliche Dinge zu sprechen, als wie sie leider in der letzten Zeit in der Armee vorgekommen sind, die das deutsche Volk nicht allein, sondern auch die deutsche Armee bis in das Innerste erregt haben. Der Name Forbach, einst ein Name von gutem Klang, der die Herzen höher schlagen ließ in Erinnerung an den 6. August 1870, wo in seiner Nähe die Schlacht von Spichern geschlagen wurde, verbreitet heute einen dumpfen Schatten. Es sind Dinge da vorgekommen, die man für unmöglich gehalten hätte. Als ich das Buch des Leutnants Wilse gelesen habe, ich, der ich mich gezwungen habe, es durchzulesen, habe ich es voll Ekel bei Seite geworfen und mir gesagt: Das ist ein niedriges Pamphlet, und es ist eine Schande, daß ein preußischer Offizier derartiges schreiben konnte! (Lebhafter Beifall rechts. Unruhe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, meine Herren, das habe ich mir gesagt, und dennoch ist das, was in dem Buche steht, zum Teil wahr. (Zuruf: Zum Teil!) Meine Herren! Der Abg. Schädler hat in seiner Rede ein Wort des Fürsten Bismarck erwähnt: „Den preußischen Leutnant macht uns niemand nach!“ Von diesem Worte muß man jetzt etwas zurücknehmen. Ich glaube, meine Herren, es sind unter den Amtsbrüdern des Abg. Schädler auch räudige Schafe gewesen, und er wird nicht angestanden haben, zu erklären, das wären keine Führer in dem Heere. Und so sage ich auch, diese Offiziere, die sich so vergessen haben, obwohl sie das Kleid des Königs getragen haben, sie waren nur äußerlich Offiziere, aber innerlich und in dem Geiste, wie sie es sein sollten, nein, meine Herren, das waren sie nicht, sind sie nicht gewesen. (Beifall rechts.) Und wenn sie auch nun noch nicht beseitigt sind, noch meine Kameraden sind, so stehen wir nicht an, zu erklären, sie waren keine Offiziere in dem Sinne, wie es preußische Offiziere immer geben soll. Nun darf man gewiß nicht die Augen schließen, muß sich oft fragen: wie können denn solche Zustände vorkommen, wie sind sie denn zu erklären? Ich habe vieles darüber in der Presse gelesen. Die sozialdemokratische Partei macht es sich am leichtesten. Sie sagt: das ist das System, das ist der Militarismus. Der Militarismus, die Ursache alles Uebels, der alles in Ketten schlägt, der jede freie Willensmeinung unterdrückt, der zur Verblendung führt, der hat dieses hervorgebracht. Meine Herren! Wenn das richtig wäre, dann müßte das ganze deutsche Volk, das seit 100 Jahren die Wehrpflicht trägt, also dem Militarismus gewissermaßen unterworfen ist, verblödet sein. Das deutsche Volk hat aber mit einer Tatkraft und einem Fleiße ohne gleichen sich einen großen Teil des Weltmarktes erobert. Die Sozialdemokratie müßte die letzte sein, die etwas derartiges sagen könnte; denn auf dem Dresdener Parteitage ist ja gesagt worden, daß, wenn die Sozialdemokratie erst an der Spitze der Geschäfte stände, aus der Masse der Bevölkerung eine solche Kraft und eine solche Intelligenz sich entwickeln würde, um die Geschäfte zu übernehmen. Das kann nur von einem Volke behauptet werden, das von Gesundheit strotzt. (Beifall.) Andere Pressen haben gesagt: Das liegt in der Isolierung, das liegt daran, daß Ihr Euch fern haltet vom Volk, daß Ihr eine Kaste für Euch bildet. Meine Herren! Das kann ich nicht anerkennen, daß das Offizierkorps von heute das tut. Ich habe auch in kleinen Garnisonen gestanden, und ich kann versichern, daß überall da ein so freundschaftlicher herzlicher Verkehr zwischen Militär und Bevölkerung und Bürgerschaft geherrscht hat, wie man das nicht besser wünschen kann. Ich möchte beinahe glauben, daß diese Offiziere in Forbach zeigen, daß wir in gewisser Weise zu weit gegangen sind in der Annahme von Offizieren (Beifall, Sehr richtig! rechts), daß wir in Kreise gegangen sind, die den schweren Anforderungen, die der Offiziersstand an den Einzelnen stellt, nicht genügen. Nun, meine Herren, das ist erkrenlich für mich, konstatieren zu können: In Forbach in dem Trainbataillon Nr. 16 hat nicht ein Offizier gestanden, der dorthin strafversetzt worden wäre. Der Abg. Schädler sprach davon, daß ein Offizierkorps nicht auf der Höhe sein könne, das sich aus Offizieren rekrutiert, die wegen Verfehlungen dorthin versetzt wären. So etwas geschieht beim Train nicht. Ich möchte diese Ansicht korrigieren. Und speziell ist es beim Trainbataillon Nr. 16 nicht vorgekommen. Der Dienst bei den Waffen, bei der Artillerie und Kavallerie, von denen vielfach Offiziere in den Train versetzt werden, ist ein ganz anderer als beim Train. Es kann sehr wohl ein Offizier bei der Artillerie oder Kavallerie, wo an ihn in Bezug auf Felddienst, Tüchtigkeit und Fähigkeit, taktische Dinge schnell zu begreifen und zu verstehen, große Anforderungen gestellt werden, nicht genügen. Aber er kann im inneren Dienst Vortreffliches leisten und ein sehr guter Trainoffizier werden. Deshalb ist es keine Strafe, nicht einmal ein Makel, zum Train versetzt zu werden, sondern er wird nur da verwandt, wo er Gutes und Ersprießliches leisten kann. Es ist gefragt worden: kann es mit dem Trainoffizierkorps so weitergehen? Muß es nicht angegliedert werden? Versuche sind vielfach gemacht worden, aber immer und immer gescheitert am Widerstand des Trains. Das Trainoffizierkorps legt einen großen Wert darauf, sich aus sich selbst zu rekrutieren. Seine Majestät hat genehmigt, daß der Train Fahnenjunker einstellen kann. Und oft treten Fahnenjunker ein. Auch Reserveoffiziere treten ein, um dort einige Jahre Dienst zu tun; denn die Ausbildung ist ihnen für ihren späteren praktischen Beruf als Landwirte oft dienlich. Alle diese Organisationsfragen sind erwogen worden und werden weiter erwogen. Aber ich gebe zu, daß es mißlich ist, einen solchen kleinen Truppenteil mit wenigen Offizieren abzusondern und allein in einer Garnison zu halten. Allein diese Frage ist sehr ernst erwogen. Ein Trainbataillon hat eine äußerst schwierige Mobilmachung. Es stellt zahlreiche Formationen auch im Falle der Mobilmachung. Wo könnte dieses Trainbataillon eine derartige Mobilmachung vornehmen als an der äußersten Grenze? Es muß ein Ort sein, wo, wenn einmal in die Trompete gestoßen wird, Tausende von Pferden, Proviantkolonnen u. s. w. versammelt werden können. Sehr gezwungen und sehr widerwillig wurde dieses Bataillon an die äußerste Grenze hin verlegt.

Wenn dort ein Kommandeur gewesen wäre, der seine Stellung ausgefüllt hätte, dem wäre so etwas nie und nimmer vorgekommen. (Sehr richtig!) Der Kommandeur hat dorthin nicht gepaßt. Das ist kein Vorwurf, den ich gegen die Stelle erhebe, die den Kommandeur ausgewählt hat, denn in jedem Menschen kann man sich irren. Es kommt häufig vor, daß jemand, der selbst unter Aufsicht sich gut führt, nachher, wenn er Freiheit hat sich ganz anders entwickelt, als vorher vermutet werden konnte. Manche psychologischen Momente mögen hier vorgelegen haben, um diesen Mann, der bis dahin gut beurteilt war, so schwach zu machen, daß er Zustände zulassen konnte, die so gegen göttliche und menschliche Gebote, gegen dienstliche und moralische Pflicht verstoßen. Er muß die Folgen tragen. Es ist vielfach in der Presse hingewiesen auf Weiberwirtschaft; einer von den Offizieren hat auf die Frage, wie er es mit den Mädchen gehalten habe, gesagt, wie jeder Leutnant es tut. (Heiterkeit.) Meine Herren! Wer nicht gesündigt hat, werfe den ersten Stein auf ihn! (Große Heiterkeit.) Aber daß jeder Leutnant in der Armee so gelebt haben soll, wie in dem Buch geschildert worden ist, daß die Weiber ein- und ausgegangen sind, daß er mit ihnen gelebt hat, daß sie ihm geradezu das Abendbrot gebracht haben, das weise ich mit Entrüstung zurück. Das ist nicht wahr. Ich will mich an dieser Stelle verbitten, ein zweites Forbach ist in der preußischen Armee nicht möglich. (Bravo rechts und in der Mitte.) Es ist davon gesprochen, daß die Avancements mit den Damen gemacht würden. Ich aus meiner Jugendzeit denke mit Freude und Dank zurück an die Anleitung, die wir als junge Offiziere von unseren Offiziersdamen bekommen haben. Edle Frauen können auf die jungen Offiziere wirken wie die Mütter im Haus. (Beifall.) Und ich spreche das hier aus, ein Vergleich mit diesen Frauen, die sich in Forbach vergangen haben, mit den anderen Damen ist eine Beleidigung für die ersteren. Denn diese sind ehrbare Frauen, die als höchste Ehre stets ihre Tugend angesehen haben. (Beifall.)

Meine Herren! Andere schwere, uns alle betrübende Fälle in der Armee sind die Mißhandlungen. Ehe ich auf diese Sache näher eingehe, will ich mir gestatten, von einer Statistik, die das Kriegsministerium aufgestellt hat, dem Hause Kenntnis zu geben. Die Statistik bezieht sich auf das Jahr vom 1. Juli 1902 bis 1903. Es sind da 50 Offiziere, 525 Unteroffiziere und 52 Gefreite und Gemeine bestraft worden. In Prozenten ausgedrückt, ergibt sich für Offiziere 0,26 Prozent, für Unteroffiziere 0,83 Prozent, für Gefreite und Gemeine 0,01 Prozent. Demgegenüber möchte ich die Höchstzahl der Mißhandlungen, die in einem Jahr vorgekommen sind, feststellen. Ich glaube, diese Statistik bezieht sich auf die Höchstzahl innerhalb der letzten zehn Jahre. Sie ergeben für Offiziere 67 also + 17 Bestrafungen mehr als im letzten Jahre, gleich 0,37 Prozent, für Unteroffiziere 792, d. h. + 267,